

BVN e.V.

Bürgervereinigung Nordend e.V.

1. Vorsitzender
Thomas Seiffert

Kontaktadresse:

Friedhelm Ardelt-Theeck
Leuchte 35A
60388 Frankfurt/Main
Tel.: 06109 / 36751
Mobil: 0151-16559854
f.ardelt-theeck@molochoautobahn.de
www.molochoautobahn.de

Rechenschaftsbericht 2017

Für die Bürgervereinigung Nordend e.V. (BVN) bildete auch im Jahr 2017 das Thema „ökologische Verkehrspolitik“ den Schwerpunkt ihrer Arbeit, mit dem Ziel, die Lebens- und Wohnqualität vor Ort in Frankfurt am Main und speziell im Stadtteil Nordend zu erhalten bzw. zu verbessern. Dabei stand die Frankfurter Verkehrspolitik und der geplante Bau der Bundesfernautobahn A 66 Wiesbaden – Fulda quer durch Frankfurt wie schon in den Vorjahren im Mittelpunkt.

Um die Interessen und Kräfte zu bündeln, legte die Bürgervereinigung Nordend e.V. hierbei wieder besonderen Wert auf die Zusammenarbeit mit anderen Bürgerinitiativen und Umweltverbänden, vor allem im „Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn“ (AUA). Dabei übernahmen, wie gewohnt, Fachleute der BVN einen Großteil der notwendigen organisatorischen Aufgaben, wie das Erstellen von Informationsmaterialien, Kontaktpflege, Pressearbeit, Besuch von Ortsbeirats- und Ausschusssitzungen des Stadtparlaments sowie Korrespondenz mit Parteien, Behörden und so weiter; darin eingeschlossen auch die Teilnahme an den regelmäßigen Sitzungen und Arbeitsgruppen wie auch die Durchführung gemeinsamer Aktionen und Veranstaltungen.

Wie schon in den Jahren zuvor haben Mitglieder der BVN wieder die Betreuung, Gestaltung und regelmäßige Aktualisierung bzw. Pflege der gemeinsamen Homepage der im „Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn“ (AUA) zusammenarbeitenden Bürgerinitiativen und Umweltverbände übernommen. Dieser Internetauftritt, dem inzwischen eine zentrale Rolle bei der schnellen und breiten Information der Bevölkerung zukommt und welcher gleichzeitig auch als Informationsplattform für die Bürgervereinigung Nordend e.V. dient, wird regelmäßig von teils über 2.000 Internetnutzern pro Monat besucht, welche sich auf diesem Weg unter www.molochoautobahn.de über die geplanten Projekte und den jeweiligen aktuellen Stand der Verfahren und die geplanten Aktivitäten oder andere wichtige Termine informieren. Auch das regelmäßige Newsletter-Angebot wird inzwischen von mehreren Hundert interessierten Bürgerinnen und Bürgern gerne genutzt. Insbesondere über den Weg des Internets kümmerte sich die BVN so auch regelmäßig um die Einladungen zu den regelmäßigen monatlichen Treffen des Aktionsbündnisses und zu anderen wichtigen Terminen wie auch die inhaltliche Abstimmung aller Beteiligten und war auch mit der Versendung bzw. Weiterleitung von Informationen an alle Mitglieder im Aktionsbündnis-Verteiler betraut.

Im Jahr 2017 sind in diesem Sinne folgende Ereignisse besonders hervorzuheben:

In Absprache mit den anderen im Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn zusammenarbeitenden Bürgerinitiativen nahm Ende Januar ein Vertreter der Bürgervereinigung Nordend e.V. an der ersten Sitzung der Arbeitsgruppe Verkehr der Fraktion "Die Linke" im Römer teil, zu welcher Verkehrsinitiativen und Umweltgruppen aus Frankfurt offiziell ein-

geladen wurden. Die Gelegenheit wurde genutzt, um über den Autobahnbau und die Konsequenzen für die Verkehrspolitik in Frankfurt am Main zu informieren und auf die damit zusammenhängenden Probleme aufmerksam zu machen. Mitte Februar nahmen Vertreter der BVN e.V. und der anderen Bürgerinitiativen auf offizielle Einladung am Neujahrsempfang 2017 der Partei Die Linke im Hessischen Landtag teil.

Mitte Februar besuchten Fachleute der Bürgervereinigung Nordend wie viele andere Bürgerinnen- und Bürger, die von dem neuen Ernst-May-Viertel und insbesondere dem so genannten Innovationsquartier im Nordend betroffen sind, an einer Sitzung des Planungsausschusses, um insbesondere für die komplette Einhausung der A 661 in diesem Bereich, westlich des Bornheimer Hangs zu plädieren.

Parallel dazu richtete sich die Bürgervereinigung Nordend e.V. in einem Schreiben an die Fraktionen im Hessischen Landtag, um auf den aus Sicht der Bürgerinitiativen rechtswidrigen Bau des Autobahndreieck Erlenbruch sowie auf die Gefahr eines Verkehrskollapses bei Anschluss der 8-spurigen A 66 Tunnel Riederwald an die 4-spurige A 661 hinzuweisen. Ergänzend veröffentlichte die BVN dazu eine Presseerklärung unter der Überschrift: "Landtag muss Anschluss der 8-spurigen A 66 an 4-spurige A 661 stoppen."

Im März schließlich ließ die BVN zusammen mit den anderen BIs 10000 Flugblätter mit dem Spendenaufruf für den gemeinsamen Klagefond A 66/A 661 drucken und verteilen.

Bereits Anfang März hatte der Rechtsanwalt in Absprache mit den Bürgerinitiativen sich in einem Schreiben an das Hess. Verkehrsministerium gewendet, u.a. mit Fragen zu den bevorstehenden Planänderungsverfahren für die A 661 und A 66 sowie der Darlegung, dass das AD Erlenbruch im Planfeststellungsbeschluss A 66 Tunnel Riederwald - entgegen der offiziellen Darstellung nicht "vollständig überplant" wurde und dementsprechend erst zusammen mit der 1980 planfestgestellten gesamten Autobahn Ostumgehung Frankfurt A 66/A 661 in Folge des Verzichts auf die A 66 Alleentunnel neu plangeändert werden muss, einschließlich der Bitte um Klarstellung seitens des Ministeriums.

Anfang April organisierte die BVN im Namen des Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn einen ersten Informationsstand im Jahr 2018 in Bornheim, um die im Dezember des Vorjahres begonnene Unterschriftensammlung offiziell fortzusetzen, begleitet von einer entsprechenden Pressemitteilung. Es wurde ein aktualisiertes Flugblatt mit einem Foto der Visualisierung vom Autobahndreieck Erlenbruch erstellt und an die interessierte Bevölkerung verteilt.

Mitte April rief die Bürgervereinigung Nordend e.V. gemeinsam mit dem Aktionsbündnis unter regen Medieninteresse zu einer Protestaktion des Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn vor dem Riederwaldtunnelbüro von Hessen Mobil in der Borsigallee und einer anschließenden kleinen Demonstration zur Baustelle am Bornheimer Hang auf, um gegen den laufenden Bau des Autobahndreieck Erlenbruch zu protestieren.

Unter dem Motte "Für einen sofortigen Baustopp am Autobahndreieck Erlenbruch und die komplette Einhausung der Autobahnen A 66 und A 661" rief die Bürgervereinigung Nordend e.V. gemeinsam mit dem Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn Anfang Mai schließlich zu einer Demonstration auf. Um darauf aufmerksam zu machen ließen die BIs neben einem Flugblatt auch ein Plakat drucken und veröffentlichten eine entsprechende Pressemitteilung.

Mit dem Titel "Hessische Verkehrsminister Al-Wazir informiert über das Großprojekt Riederwald" wurde schließlich offiziell zu einer Bürgerinformationsveranstaltung in den Stadtteil Riederwald eingeladen, um an zwei auf einander folgenden Abenden über den aktuellen Stand und den weiteren Verlauf des Großprojektes Riederwaldtunnel informieren und die neuesten Untersuchungsergebnisse zum Verkehr, Lärm sowie Lufthygiene vorzustellen. Spontan riefen die BVN und die anderen Bürgerinitiativen zu einer kleinen Protestaktion kurz vor der Veranstaltung auf, um auf die Forderungen der BIs aufmerksam zu machen und gegen die laufenden Baumaßnahmen zu protestieren. Während der Minister sich zu der Aussage verstieg, es würde im Wesentlichen überall im Vergleich zu heute leiser und vor allem auf die Entlastung der Straße Am Erlenbruch verwies, um gleichzeitig einräumen zu müssen, dass auf der A 661 in den Spitzenzeiten maximal nur Tempo 30 gefahren werden könnte, übten Mitglieder der Bürgerinitiativen Kritik an der Planung bzw. stellten kritische Fragen. Ein Vertreter der BVN nutzte die Gelegenheit, dem Minister Unterschriften zu übergeben und die Forderungen nach kompletter Einhausung und einem Baustopp am Auto-

bahndreieck Erlenbruch zu bekräftigen.

Nach einer ersten Durchsicht der neuen Verkehrsuntersuchung mit Prognosehorizont 2030 veröffentlichte die Bürgervereinigung Nordend e.V. wenig später eine Presseerklärung mit dem Titel "Stautunnel A 66 Riederwald so nicht genehmigungsfähig" Darin wurde darauf verwiesen, dass Staus und Stop-and-go-Verkehr über den Tunnel hinaus bis Maintal wie auch auf der A 661 an der Tagesordnung sein würden und der Tunnel ohne Lüftungssystem dafür gar nicht ausgestattet sei.

Nach mehrmaligem vergeblichen Telefonaten bzgl. des Schreibens an den Hessischen Verkehrsminister Al-Wazir von November 2016 wurde der BVN Mitte März schließlich in "Kürze" eine Antwort in Aussicht gestellt. Nach weiteren 6 Wochen bzw. insgesamt fünf Monaten warten, wandte sich die BVN erneut per persönlichen Schreiben an den Verkehrsminister, um eine Antwort angesichts der Dringlichkeit anzumahnen. Ein Antwortschreiben des Verkehrsministers wurde schließlich erst Anfang Juni zugestellt. Es bestand im wesentlichen nur aus wiederholenden Versatzstücken vorangegangener Stellungnahmen, ohne auf die detaillierten Ausführungen der Bürgervereinigung Nordend e.V. einzugehen. Der Minister bot aber der Bürgervereinigung Nordend e.V. und den anderen beteiligten Bürgerinitiativen ein Gespräch mit den zuständigen Mitarbeitern seines Ministeriums und Hessen Mobil an, um die von uns aufgeworfenen Aspekte zu erörtern bzw. zu klären.

Die Bürgervereinigung Nordend e.V. wie auch das Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn entschied sich dafür, das Gesprächsangebot anzunehmen. Das gemeinsame Gespräch fand schließlich im August im Hessischen Verkehrsministerium in Wiesbaden statt. Während auf der Ministeriumsseite die Abteilungsleiter und Fachleute für das Projekt "Riederwaldtunnel", Planung und Bau saßen, nahmen von Seiten der Bürgerinitiativen aus den verschiedenen betroffenen Stadtteilen im Frankfurter Osten jeweils ein Vertreter teil. Während die Bürgerinitiativen die Gelegenheit nutzten, um einerseits ihre Betroffenheit darzulegen und andererseits Kritik an der Planungsweise zu üben. In Zusammenarbeit mit der Bürgervereinigung Seckbach e.V. veröffentlichte die BVN dazu noch eine Presseerklärung.

Auf vielfachen Wunsch, organisierte die BVN zusammen mit dem Aktionsbündnis noch einen Trassenspazierung entlang der geplanten Autobahnen A 66 und A 661. Dazu hatte die BVN eigens ein Flugblatt entworfen und eine Pressemitteilung veröffentlicht. Wie jedes Jahr organisierte die BVN wieder Infostände für das Aktionsbündnis im Mai beim Stadtteilstadtteilfest der Linken im Riederwald, dem Rotlintstraßenfest der Grünen im Nordend im August sowie dem Kinderspielfest der Falken im Günthersburgpark im September.

Zusammen mit dem Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn unterstützte die BVN Ende September den Aufruf der unabhängigen Bürgerinitiative Riederwald (BIR) zu einer Demonstration im Riederwald, um gegen den Beginn der Kanalbauarbeiten und damit verbundener Rodungsarbeiten zu demonstrieren. Schließlich müsse für den Bau des Tunnels erst das neue Planänderungsverfahren abgewartet werden. Ende Oktober wurde von der Planungsbehörde Hessen Mobil diesbezüglich zu einer Bürgerinformationsveranstaltung zum Großprojekt A 66 Riederwaldtunnel eingeladen. Zusammen mit dem Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn und unter der Beteiligung der BIR rief die BVN unter dem Motto "Keine Baumaßnahmen ohne gültige Planänderungsbeschlüsse für beide Autobahnen A 66 und A 661!" zu einer weiteren kleinen Protestaktion vor dem Veranstaltungsgebäude im Riederwald auf und veröffentlichte dazu auch eine Presseerklärung. Unter dem Titel "Drohender Kahlschlag! - Stadt Frankfurt muss Notbremse ziehen", warnte die BVN davor, dass noch in der folgenden Herbst/Winterperiode 2017/18 ein Großteil der Bäume entlang der Grünzüge Erlenbruch und Teufelsbruch für Baumaßnahmen für den Autobahntunnel A 66 Riederwald gefällt werden sollten, obwohl es mehr als fraglich sei, ob der Tunnel in absehbarer Zeit tatsächlich überhaupt gebaut werden könne. Deshalb forderte die BVN die Stadt Frankfurt auf, jetzt endlich "die Notbremse" zu ziehen. Sonst drohten zwei Jahrzehnte "kahler Erlenbruch".

Um die Öffentlichkeit auf diesen Umstand aufmerksam zu machen und die Unterschriftensammlung fortzusetzen, organisierte die BVN im Namen des Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn noch Ende Oktober einen Informationsstand auf der Berger Straße in Bornheim. Darüber hinaus rief die BVN zusammen mit dem AUA auf, den Protest gegen unnötige Rodung in den zuständigen Umweltausschuss zu tragen, der in der darauf folgenden Woche

tagte, und informierte die Presse davon. Mitglieder der BVN appellierten an die politischen Vertreter der im Römer vertretenen Parteien, sich entschlossen gegen die Rodung auszusprechen und dafür zu sorgen, dass die Stadt Frankfurt ihre notwendige Zustimmung zum Fällen der charakteristischen Bäume verweigere. Die seit 2007 bzw. 2012 gerodeten Kleingartenflächen sollten für alle Verantwortlichen Politiker Mahnung genug sein! Diese hätten alle bis heute problemlos weiter betrieben werden können!

Mit Unterstützung der BVN rief das Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn schließlich dazu auf in die nächste Sitzung des Ortsbeirats 11 zu gehen, und sich gegen die Baumaßnahmen und für den Erhalt der Bäume einzusetzen. Dazu wurden in der Siedlung Riederwald kurzfristig noch ca. 2000 Flugblätter verteilt. In dieser Sitzung versuchten auch BVN-Vertreter noch einmal die nicht wieder gut zu machenden Folgen für die Riederwaldsiedlung und den Frankfurter Osten deutlich zu machen.

Mitte November forderte die BVN im Namen des Aktionsbündnisses den Hessischen Verkehrsminister in einem offenen Brief auf, unverzüglich die Aussetzung des Sofortvollzugs anzuordnen und alle laufenden Baumaßnahmen sofort einstellen zu lassen und alle vorgesehenen Vorbereitungsarbeiten zu unterlassen. Nach Ansicht der Bürgerinitiativen wäre es planungsrechtlich nicht mehr zu vertreten, den automatisch mit dem 2007 erlassenen Planfeststellungsbeschluss (PFB) für die Autobahn A 66 Tunnel Riederwald und Autobahndreieck Erlenbruch A 66/A 661 geltenden Sofortvollzug aufrechtzuerhalten, da diesem längst veraltete Gutachten zu Grunde lägen, die erst durch neue Gutachten im Rahmen der neuen Planänderungsverfahren ersetzt werden müssten. Wie gewohnt, veröffentlichte die BVN dazu auch eine Presseerklärung.

Parallel hat die BVN auch den zuständigen Leiter der Abteilung Riederwaldtunnel, sowie den zuständige Projektleiter A 66 Tunnel Riederwald von Hessen Mobil in einem Schreiben aufgefordert, den vorgesehene Beginn der Baumaßnahmen für die Leitungsbrücken im Erlenbruch wie auch Teufelsbruch solange aufzuschieben, bis einerseits der Hessische Verkehrsminister über das schriftliche Ersuchen der Bürgerinitiativen, u.a. den Sofortvollzug auszusetzen, entschieden hat. Gleichzeitig wurde der Frankfurter Oberbürgermeister und der Magistrat der Stadt Frankfurt sowie die Stadtverordnetenversammlung aufgefordert, hinsichtlich der vorgesehenen Arbeiten zu intervenieren. Auch über diese Schritte informierte die BVN kurzfristig die Presse. Neben der Beantwortung von Anfragen der Tagespresse wurde die BVN aus diesem Anlass auch von Sat 1 Hessen um ein Interview gebeten.

In einem Antwortschreiben, welches der BVN Mitte Dezember zugesandt wurde, verwies der Hessische Verkehrsminister schließlich auf einen Planänderungsbeschluss vom 21.02.2017 für den Bau der Leitungsbrücken und die Kanalbauarbeiten, welcher nicht beklagt wurde und somit auch bestandskräftig sei. Diese Tatsache nahm die BVN wie auch die anderen Bürgerinitiativen mit Empörung zur Kenntnis. Schließlich wurde das Verfahren quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt, obwohl hier eindeutig ein Öffentliches Interesse bestand und die Betroffenheit weit über die Anhörung der Stadt Frankfurt hinaus ging.

Ebenfalls im November beteiligte sich die BVN an der Neugründung bzw. Wiederbelebung einer BUND Ortsgruppe Frankfurt-Ost. Sie soll dazu dienen, den Interessen des Naturschutzes im Frankfurter Osten insbesondere bei Planungsverfahren oder Bebauungsplänen wieder mehr Beachtung zukommen zu lassen.

Immer wieder erhält die BVN schriftliche Anfragen oder Anrufe mit Bitte um Information zu den Autobahnprojekten und deren Folgen. So auch die Bitte der BI Grüne Lunge, die Folgen für den Verkehr auf der Friedberger Landstraße bzw. dem Nordend darzustellen. Gleichzeitig kommen auch gelegentlich kritische Schreiben, die ein gewisses Unverständnis hinsichtlich der Absichten der Bürgerinitiativen zum Ausdruck bringen. Auch hier bemüht sich die Bürgervereinigung Nordend e.V. immer um eine sachliche Auseinandersetzung und steht für Gespräche oder weitere Informationen zur Verfügung.

Frankfurt am Main, 31. Oktober 2018

Thomas Seiffert (1. Vorsitzender)